

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge

Nr. 130 · 19. März 2021

Von Kesselflickern und Komödianten

Erschließung zentraler Geschichtsquellen dank Digitalisierung von Eric Wychlacz

Zwei Tage lang campierte Georg Gomann mit seiner Familie in Beiertheim auf einer Weide. Der Kesselflicker und Drahtschleifer hatte am 2. Juli 1870 an dem nicht näher bezeichneten Ort mit drei Wagen und acht Pferden sein Lager aufgeschlagen. Ob Gomann mit seinen Angehörigen tagsüber nur in der damals noch selbständigen Gemeinde Beiertheim, im benachbarten Bulach oder sogar auch in Karlsruhe seine Dienste feilbot, ist genauso wenig überliefert, wie der weitere Aufenthalt der wandernden Handwerker. Über den Heimatort der Familie ist hingegen mehr bekannt. Die Menschen stammten aus der kleinen Ortschaft Karád, welche im Südwesten Ungarns im Verwaltungsbezirk Somogy nur wenige Kilometer südlich des Balatons liegt – heute eine beliebte Urlaubs- und Weinbauregion.

Aussagekräftige historische Quellen: Fremden- und Nachtzettelbücher

Der Aufenthalt der Ungarn in Beiertheim ist in einem Amtsbuch des im Jahr 1907 eingemeindeten Stadtteils dokumentiert. In tabellarischer Form listet das sogenannte Fremdenbuch über die Jahre 1869 bis 1893 in insgesamt 335 Einträgen das Kommen und Gehen von Auswärtigen in der Ortschaft auf. Darin finden sich jeweils Angaben zu den Ankunfts- und Abreisezeitpunkten, den Namen der den Besuchern Unterkunft gewährenden Haushaltsvorstände sowie Namen und Heimatorten der Fremden. Vereinzelt ergänzen Berufsbe-

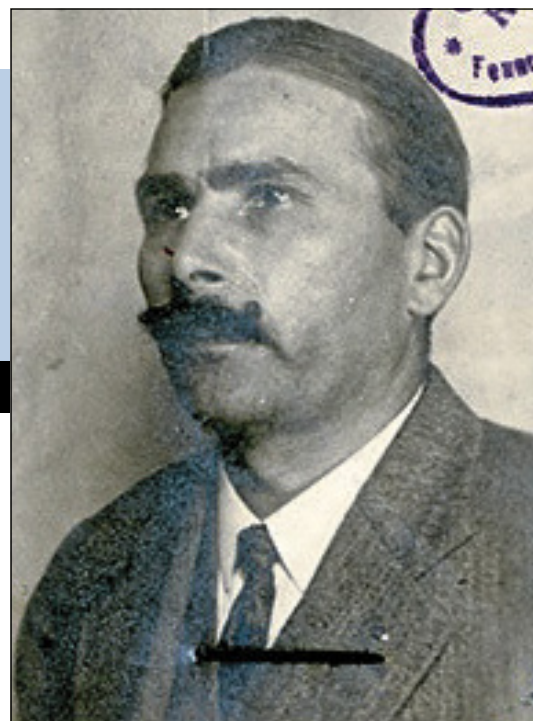
zeichnungen wie Regenschirmflicker, Wannemacher, Bilder- und Bücherhändler, Ringmacher oder Komödianten die sonst spärlichen Informationen. Neben diesen Wanderhandwerkern, -händlern und -künstlern bildeten landwirtschaftliche Saisonarbeiter die zweite große Personengruppe. Eher die Ausnahme blieb die Erfassung von Verwandtenbesuchen.

Der Hintergrund für die Meldungen liegt in dem Bestreben, Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch mögliche Unruhestifter frühzeitig zu erkennen sowie erfolgte Vergehen aufzuklären und zu ahnden. Die Meldepflicht existierte mindestens seit dem 17. Jahrhundert im Herzogtum Württemberg und ist für das 18. Jahrhundert auch in der Markgrafschaft Baden nachweisbar. Als Baden 1806 den Rang eines Großherzogtums einnahm und enorme territoriale Gewinne verzeichnen konnte, glich Großherzog Karl Friedrich die bis dahin nur für Privatpersonen geltende Regelung an württembergische Verhältnisse an, indem er sie auf Wirtshäuser ausweitete. Noch heute ist es üblich, in Beherbergungsstätten wie Hotels oder Pensionen bei Ankunft einen Meldeschein auszufüllen. Generell können die ursprünglich für nicht ortsansässige Menschen angelegten Fremdenbücher, die auch unter dem Namen Nachtzettelbücher bekannt sind, in ihrer erweiterten Form als Vorläufer des heutigen Einwohnermelderegisters betrachtet werden.

Außer Georg Gomann fand nur sechs Tage vor den Ungarn ein weiterer internationaler Gast eine Unterkunft in Beiertheim. Alphons Porelli aus der italienischen Gemeinde Sora blieb mit seinen drei Kindern Michael, Anton und Hanneli nur einen Tag. Wahrscheinlich verdiente sich die Musikerfamilie auf örtlichen Festen, Jahrmärkten, Kirchweihen oder Familienfeiern ihren Lebensunterhalt. Die meisten Fremden kamen allerdings aus weniger entlegenen Gegenden, sondern vielmehr aus badischen Nachbarorten oder der damals noch bayerischen Pfalz. Bemerkenswert ist hierbei die Kontinuität, mit welcher Menschen aus bestimmten Orten Beiertheim aufsuchten, um dort einer zeitlich begrenzten Arbeit nachzugehen. Mit mehr als 60 Einträgen stammte beispielsweise fast jeder fünfte Fremde im genannten Zeitraum aus dem Ort Waldhambach, der im heutigen Landkreis Südliche Weinstraße liegt. Der Korbmacher Nikolaus Vollmer aus dem kleinen Örtchen Schwanheim (Landkreis Südwestpfalz) hatte mit Frau, Sohn und Tochter im Zeitraum von 1869 bis 1872 zehn Aufenthalte bei seinem Beiertheimer Gastgeber Joseph Braun IV.

Digitalisierung im Stadtarchiv mit Mitteln der Forschungsförderung

Das Beispiel des Beiertheimer Fremdenbuchs verdeutlicht, wie groß die Aussagekraft dieser historischen Zeugnisse ist. Sowohl Heimat- und Familienforscher als auch Sozialhistoriker können mit ihrem jeweils eigenen Blick auf die Materie vielfältige Informationen gewinnen. Eine Auswertung von Fremdenbüchern kann auf lokaler Ebene existierende soziale Netzwerke sichtbar machen,



1887 – 1973

Foto: Stadtarchiv

Erwin Sammet

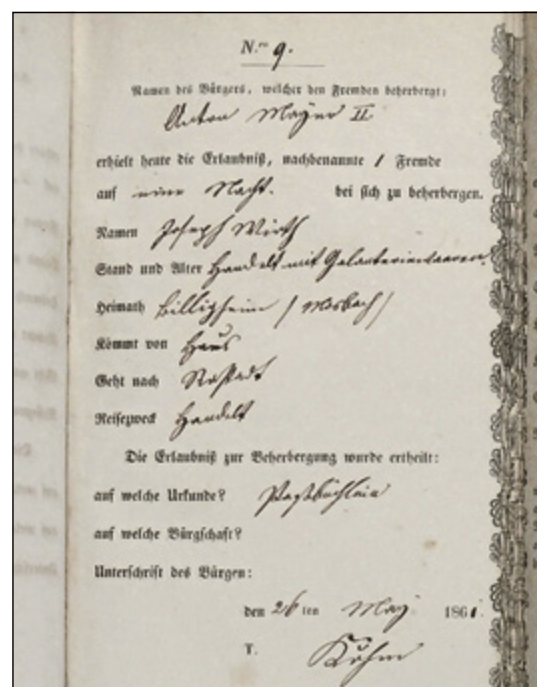
Ein seltenes Jubiläum konnte am 24. Januar 1973 mit Erwin Sammet ein Mann feiern, der wegen seines Einsatzes für die Weimarer Demokratie bis heute ein Vorbild ist. Geehrt wurde der 86-jährige von der SPD als einer ihrer „Ur-Väter“ für seine 65-jährige Parteizugehörigkeit. Der Partei war der am 7. Januar 1887 in Philippsburg als Sohn eines Gerbers geborene Erwin Sammet 1908 beigetreten, zunächst dort aber einfaches Mitglied geblieben. Funktionen übernahm er erst in dem am 22. Februar 1924 zum Schutze der Republik reichsweit von den Parteien der Weimarer Koalition gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. In der Karlsruher Ortsgruppe spielte Sammet seit deren Gründung am 10. Juli 1924 als aktives Mitglied bald eine führende Rolle zunächst als „Kameradschaftsführer“, seit 1928 als Technischer Leiter, dann ab 1932 als Leiter. Den Nationalsozialisten traten die Reichsbannerleute unter Sammets Führung in der Endphase der Weimarer Republik entschieden in zahlreichen handgreiflichen Auseinandersetzungen entgegen – der Kampf um die Straße wurde auch in Karlsruhe geführt.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde Sammet am 15. März 1933 verhaftet und mit sechs weiteren führenden Sozialdemokraten am 16. Mai in einer von den Nationalsozialisten inszenierten Schaufahrt quer durch Karlsruhe in das als Konzentrationslager genutzte Gefängnis Kislau transportiert. Sammet war auch schon früher massiv bedroht worden, so in einem anonymen Brief, in dem angekündigt worden war, dass er „gekillt bzw. an die Wand gestellt“ werde, wenn er nicht von seinen Posten zurücktrete.

Im Anschluss an die Haftentlassung fand der zuvor in verschiedenen Karlsruher Firmen tätige Blechner und Installateur, seit März 1930 in der Weltwirtschaftskrise aber erwerbslose Sammet erst 1934 wieder eine Anstellung bei der Carl Metz Feuerwehrgerätefabrik. 1945 trat er in städtische Dienste als Angestellter bei den Stadtwerken, für die er bis März 1961 auf seinen Antrag hin weit über die Pensionierungsgrenze hinaus arbeitete.

Seit Kriegsende wurde Sammet von seiner Partei zu verschiedenen Jubiläen unter anderem mit dem Hinweis auf seine Verdienste als Kämpfer für die Demokratie geehrt. Und auch die Stadt würdigte dies durch die Verlängerung seiner Dienstzeit bei den Stadtwerken, um dem auf eine kleine Rente angewiesenen Sammet vor einer finanziellen Notlage zu bewahren. Zu seinem 80. Geburtstag gratulierte Oberbürgermeister Günther Klotz ihm als einem Mann, „der sein Leben dem Ringen um soziale Gerechtigkeit und Fortschritt, demokratische Freiheit und Frieden verschrieben hat.“ Weitere Ehrungen, vor allem solche, die Sammets Verdienste auch nachhaltig im Stadtbild hätten sichtbar werden lassen, unterblieben aber. Sammet starb wenige Monate nach der Ehrung für 65 Jahre SPD-Mitgliedschaft am 12. Juni 1973 in Karlsruhe.

Ernst-Otto Bräunche



Dieser Ausschnitt aus dem Grünwinkler Nachtzettelbuch dokumentiert die Erlaubnis für Anton Mayer II., den Joseph Wirth eine Nacht zu beherbergen. Der aus Billigheim (Mosbach) kommende Wirth handelte als Reisender mit Galanteriewaren.
Foto: Stadtarchiv

Fortsetzung Seite 2

erlaubt Aussagen zu bestimmten Personengruppen und deren wirtschaftlichen Verhältnissen oder lässt Rückschlüsse zur Binnenmigration zu. In Verbindung mit anderen zeitgenössischen Quellen ergibt sich ein noch reicheres Bild. Heute verwahrt das Stadtarchiv mehr als ein Dutzend Fremden- und Nachtzettelbücher. Diese stammen ausschließlich aus den Archivbeständen der ehemals selbständigen Karlsruher Stadtteile. Für die Kernstadt gibt es im Stadtarchiv keine Überlieferung dieses Dokumententyps. Vergleichende Untersuchungen auf regionaler oder überregionaler Ebene könnten sicherlich für vielfältige Fragstellungen gewinnbringende Erkenntnisse zutage fördern.

Grundvoraussetzung für eine intensivere Auswertung von Fremdenbüchern im Speziellen und Amtsbüchern im Allgemeinen ist ein möglichst einfacher Zugang zu den Unterlagen. Oftmals sind Amtsbücher wie Ratsprotokolle, Bürgerbücher, Polizeistraftabellen oder Beerdigungsbücher, um nur einige Typen zu nennen, flach erschlossen, also lediglich mit rudimentären Informationen wie Titel und Laufzeit in archivischen Datenbanken recherchierbar. Das Stadtarchiv hat es sich im Rahmen einer durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Kooperation mit dem MARCHIVUM in Mannheim zur Aufgabe gemacht, die Amtsbücher der Kernstadt Karlsruhe und der eingemeindeten Stadtteile zu digitalisieren und damit einer breiten Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung zu stellen. Das Projekt „Die Amtsbücher von Karlsruhe und Mannheim – Quellen zum Zentrum und Umland zweier ehemaliger Residenzen“ startete im Jahr 2019 und befindet sich nun in der Schlussphase. Bis Ende des Jahres werden mehr als 3.000 Amtsbücher (Karlsruhe: 2202/Mannheim: 811) mit voraussichtlich zwei Millionen Einzelscans vorliegen. Während damit die gesamte Amtsbuchüberlieferung Mannheims digital recherchierbar sein wird, klammerte das Stadtarchiv Karlsruhe vorerst die restlichen mehr als 3.000 Amtsbücher der ehemaligen Stadt Durlach und der sogenannten Höhen-

Seit 200 Jahren

Karlsruher Ehrenbürger und Ehrenbürgerinnen von René Gilbert

Das Ehrenbürgerrecht einer Stadt ist die höchste Auszeichnung, welche diese an eine Persönlichkeit vergeben kann. Erste Verleihungen von Ehrenbürgerrechten sind in deutschen Gemeinden am Ende des 18. Jahrhunderts nachweisbar in Anlehnung an den in der Zeit der Französischen Revolution verliehenen Titel „citoyen d’honneur“. Voraussetzung dafür war und ist, wie es in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg heißt, dass die auszeichnende Person „sich besonders verdient gemacht“ hat. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung. Eine auch postume, symbolische Aberkennung des Ehrenbürgerrechts fand im Hinblick auf Ernennungen in der NS-Zeit vielfach statt.

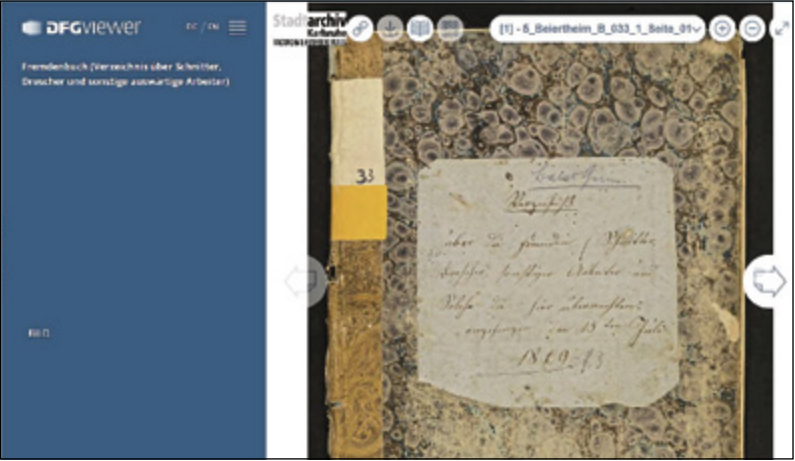
In Karlsruhe erfolgte die erste Ernennung im Jahr 1821. In den vergangenen genau 200 Jahren zeichnete die Stadt Karlsruhe 48 Personen mit der



Die Urkunde für Karl Baumgärtner (1790-1847), den ersten in Karlsruhe geborenen Ehrenbürger.

stadtteile davon aus. Da diese Orte organisatorisch und naturräumlich eine eigene Einheit bilden, sollen ihre Amtsbuchbestände im Rahmen eines Folgeprojektes in die digitale Welt überführt werden.

Neu ist die Form der Darstellung der mit der Archivdatenbank Augias und dem daran angebundenen Rechercheportal findbuch.net verknüpften Digitalisate. Diese findet über den erst seit kurzem für die Datenbank zur Verfügung stehenden DFG-Viewer statt. Die Anwendung hat den Vorteil einer intuitiven, einfachen und zugleich äußerst funktionalen Nutzung. Die Zoomfunktion erleichtert bei handschriftlich verfassten Unterlagen eine bessere Entzifferung von nicht selten schwer lesbaren Textstellen. Der DFG-Viewer wird in Zukunft nicht nur für die mittlerweile mehr als 4,5 Millionen vorhandenen Digitalisate des Stadtarchivs, sondern gleichermaßen auch für die zukünftig entstehenden digitalen Dateien standardmäßig zum Einsatz kommen. Neben dem vorgestellten DFG-Projekt werden mit Fördermitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) bis Ende August mehr als 2.000 Akten des wichtigen Bestandes der Hauptregistrarur gescannt. Die Zuwendung erhält das Stadtarchiv über das vom Deutschen Bibliotheksverband betreute Förderprogramm „WissensWandel“, welches ein Baustein des im Zuge der Corona-Pandemie von der Bundesregierung initiierten milliardenschweren Rettungs- und Zukunftsprogramms NEUSTART KULTUR ist.



Die Präsentation der Digitalisate erfolgt künftig mit einem Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG-Viewer). Foto: Stadtarchiv

Die Präsentation der Digitalisate erfolgt künftig mit einem Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG-Viewer).

Foto: Stadtarchiv

Der Bestand gehört zu den für die Erforschung der Karlsruher Stadtgeschichte zentralsten und aussagekräftigsten Quellen. Er bildet das Verwaltungshandeln der Vorläuferinstitutionen der heutigen Ämter, der städtischen Kommissionen, ab. Heute sind darin die Amtsregistraturen des Hauptamtes, der sechs städtischen Dezernate sowie weiterer städtischer Ämter enthalten, in denen kommunale Arbeitsprozesse federführend gestaltet werden. Die Archivialien der Hauptregistrarur gehören zu einem der umfangreichsten wie auch von Besucher*innen des Stadtarchivs am häufigsten benutzten Bestände und spiegeln die facettenreiche Geschichte der Stadt als Zentrale großherzoglicher Machtentfaltung, aber auch als eigenständigem Akteur wider. Das Stadtarchiv hofft, mit der Online-Bereitstellung der Quellen aus den geförderten Projekten über verschiedene Portale neue Impulse für die Stadtgeschichtsforschung und überregionale Studien zu setzen.

Seit 19. Jahrhundert

Diplomaten, Wohltäter und Mäzene

Ehrenbürgerwürde aus, darunter vier Frauen. Sechs Männern wurde diese Auszeichnung nachträglich symbolisch wieder aberkannt. Die Geehrten erhalten heute im Rahmen einer Feier einen Ehrenbürgerausweis und eine Urkunde und für die Ehrengalerie im Rathaus wird ein Portrait angefertigt. Zudem werden sie zu allen wichtigen städtischen Veranstaltungen eingeladen und dürfen städtische Einrichtungen kostenfrei nutzen. Verstorbene erhalten ein Ehrenbegräbnis und in der Regel werden Orte im öffentlichen Raum nach ihnen benannt.

Im 19. Jahrhundert:

Diplomaten, Wohltäter und Mäzene

Erstmals verliehen wurde die Karlsruher Ehrenbürgerwürde mehr als 100 Jahre nach der Stadtgründung am 16. März 1821 an Wilhelm Ludwig Leopold Reinhard Freiherr von Berstett (1769–1837) und Karl Christian Freiherr von Berckheim (1774–1849). Beide gelang als Diplomaten auf dem Aachener Kongress 1818 die Anerkennung der Thronfolge für die Söhne Karl Friedrichs von Baden aus dessen zweiter Ehe und damit der Fortbestand Badens und des großherzoglichen Hauses. Den beiden Diplomaten folgten bis ins frühe 20. Jahrhundert Wohltäter, Mäzene und Stifter. Den Anfang machte Georg Stulz von Ortenberg (1771–1832), der als „Modekönig von London“ den englischen

Adel eingekleidet hatte. 1830 wurde er für seine Spende von 50.000 Gulden an die Karlsruher Leopold- und Sophienstiftung zum Ehrenbürger ernannt. 1833 folgte Karl Benjamin Friedrich Scholl (1792–1867), 1835–1861 Direktor der Staatlichen Amortisationskasse Karlsruhe, der verschiedene soziale und karitative Organisationen, wie den „Verein zur Rettung sittlich verwaorloser Kinder im Großherzogtum Baden“ gegründet hatte. Für ihren großzügigen finanziellen Beitrag zur Errichtung der Karlsruher Gewerbeschule erhielten die Tabakfabrikanten Karl Ludwig Freiherr von Lotzbeck (1786–1873) und Ferdinand Freiherr von Lotzbeck (1792–1883) 1834 die Auszeichnung. Mit dem Stadtdirektor (1824–1839) Karl Baumgärtner (1790–1847), der 1830–1838 Vorsitzender der Kommission zur Leitung der höheren Töchterschule gewesen war, bekam 1839 erstmals ein gebürtiger Karlsruher die Ehrenbürgerwürde verliehen. Zehn Jahre später folgte Oberst Konrad Gerber (1789–1869), der während der Revolution 1848/49 im Mai 1849 als Kommandant der Karlsruher Bürgerwehr großherzogstreu erfolgreich das Zeughaus und das Rathaus gegen die revolutionären Kräfte verteidigt hatte. Bereits während seiner Amtszeit als Direktor des Polytechnikums (1848–1857) wurde der Forstwissenschaftler Johann Ludwig Joseph Klauprecht (1798–1883) 1851 Ehrenbürger. Ihm folgte 1853 Karl August Franz Stösser (1792–1874), der Karlsruhe als Stadtdirektor (1839–1853) und als Mitglied der Zweiten Kammer des badischen Landtags gedient hatte. Karl August Graf von Werder (1808-1887), Befehlshaber des neu gebildeten XIV. Armeekorps, dessen Generalkommando seinen Sitz in Karlsruhe hatte, erhielt für seinen Sieg in der Schlacht an der Lisaine im Deutsch-Französischen Krieg 1871 die Ehrenbürgerwürde.

Seit 1893: Vorrang für Politiker

Ende des 19. Jahrhunderts begann die vermehrte Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Politiker.

Den Anfang machten 1893 August Lamey (1816–1896), badischer Innenminister (1860-1866) und 1876 bis 1892 Präsident der Zweiten Kammer des badischen Landtags, und 1895 Otto von Bismarck (1815–1898), der anlässlich seines 80. Geburtstags Ehrenbürger wurde. 1901 folgte Staatsminister Wilhelm Nokk (1832–1903). Erster von zwei zu Ehrenbürgern erhobenen Malern war 1900 Wilhelm Klose (1830–1914), der sich auch als Stadtverordneter und Mäzen für seine Heimatstadt engagiert hatte. Nach einem Jahrzehnt ohne Verleihung erhielt der Kaufmann und Stadtrat August Dürr (1835–1919) 1911 die Ehrenbürgerwürde.

Im Ersten Weltkrieg bekamen vier Personen die höchste Auszeichnung der Stadt, zunächst in einer Doppelverleihung 1915 Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847–1934) und postum Erich Köhler (1873–1914). Während Köhler für seine Funktion als Kommandant der am 4. November 1914 in der Karibik gesunkenen SMS Karlsruhe geehrt wurde, erhielt Hindenburg die Auszeichnung nicht, weil er von 1900 bis 1903 als Kommandeur der 28. Division des XIV. Armeekorps in Karlsruhe gelebt hatte, sondern explizit für „seine bewunderungswürdigen kriegerischen Leistungen um das deutsche Volk und Vaterland“ im Ersten Weltkrieg. 2018 wurde Hindenburg die Ehrenbürgerschaft wegen seiner Rolle als Wegbereiter der NS-Diktatur in der Endphase der Weimarer Republik durch den Karlsruher Gemeinderat symbolisch aberkannt. Es folgten 1916 der Brauereidirektor und Stadtverordnete Karl Schrempf (1846–1919) und 1917 Friedrich Wolff (1833–1920), Gründer der Parfümerie- und Toiletenseifenfabrik Wolff & Sohn. Erster und einziger in der Weimarer Republik ernannter Ehrenbürger war 1919 Hans Thoma (1839–1924), Maler und 1899–1920 Direktor der Kunsthalle Karlsruhe. In der NS-Zeit erhielten fünf Nationalsozialisten (Adolf Hitler, Walter Köhler, Robert Wagner, Hans Frank, Hermann Göring) die Auszeichnung, die ihnen am 25. April 1946 wieder aberkannt wurde.

1965: Die erste Ehrenbürgerin

Die beiden vormaligen badischen Staatspräsidenten Heinrich Köhler (Zentrum/CDU, 1878–1949) und Adam Remmele (SPD, 1877–1951) waren 1947 beziehungsweise 1948 die ersten Ehrenbürger der Nachkriegszeit. 1963 folgte Albert

Vom Schlafsaal zu Mehrbettzimmern

Die Geschichte der Karlsruher Jugendherberge von Katja Förster

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Jugendbewegung und Reformpädagogik bereiteten zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Boden für die Entstehung des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH), dessen Ziel die Schaffung preiswerter Unterkünfte für die wandernde Jugend in Deutschland war. Heute ist der gemeinnützige Verein Träger von 442 Jugendherbergen in 14 Landesverbänden und gilt weltweit als größter Jugendherbergersverband.

Beim Aufbau des deutschen Jugendherbergnetzes fiel den Zweigausschüssen des DJH die wichtige Aufgabe zu, für den Bau und Betrieb von Jugendherbergen in ihrer Region zu sorgen. Mit Brandenburg und Pommern entstanden im Früh-



Der erste 1953 eröffnete Bau des Anne-Frank-Hauses am Engländerplatz in der Moltkestraße.



Die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer (1882-1967) erhielt 1965 als erste Frau die Auszeichnung als Ehrenbürgerin. Foto: Stadtarchiv

Die Sozialdemokratin Kunigunde Fischer (1882-1967) erhielt 1965 als erste Frau die Auszeichnung als Ehrenbürgerin.

Foto: Stadtarchiv

Kessler (DVP/FDP, 1883-1967), ehemaliger Stadtrat und Direktor des Lessing-Gymnasiums, mit dem jeweils ein Repräsentant der drei dominierenden Parteien der jungen Bundesrepublik in der Ehrenbürgerliste vertreten war. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 250. Stadtgeburtstag kam es 1965 zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an ein Quintett, bestehend aus Bundespräsident Heinrich Lübke (1894–1972), Julius Bander (1893–1966), ehemaliger Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden, Siegfried Kühn (CDU, 1895–1972), langjähriger Stadtrat und unter anderem ehemaliger Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden sowie Hermann Veit (SPD, 1897–1973), 1945/46 OB von Karlsruhe und 1946–1960 Wirtschaftsminister des Landes. Vervollständig hat das Quintett die erste Frau, der die Ehrenbürgerwürde verliehen wurde. Kunigunde Fischer (SPD, 1882–1967) gehörte 1919 zu den ersten Parlamentarierinnen in Baden und setzte sich auch als Stadträtin vor 1933 und nach

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

jahr 1918 die ersten beiden Zweigausschüsse, Baden folgte zwei Jahre später an 14. Stelle.

1922: 30 Schlafstellen im Dachgeschoss

Der „Zweigausschuss Baden für deutsche Jugendherbergen“ wurde am 25. April 1920 in der Landeshauptstadt Karlsruhe, und zwar in der Aula des Bismarckgymnasiums, gegründet. Erster Vorsitzender wurde der Gymnasiallehrer Karl Broßmer, der an der Bildung des Landesverbandes entscheidenden Anteil hatte. Während in Gengenbach, Lahr, Villingen, Meersburg, Falkau und Rinken am Feldberg schon im Sommer 1920 die ersten Behelfsunterkünfte für junge Wanderer bereitgestellt wurden, gab es in Karlsruhe erst seit 1922 eine solche Einrichtung im Dachgeschoss des Hauptverbandesamt, das sich in der ehemaligen Neuen Artilleriekaserne in der Moltkestraße 8 befand. Es handelte sich dabei zunächst nur um einen größeren Raum mit 30 Schlafstellen, der etwas später noch um einen zweiten erweitert wurde. Einen Aufenthaltsraum oder besonderen Waschraum und Abort für die ausschließlich männlichen „Herbergsgäs-

1945 neben ihrem sozialen Engagement für die Gleichberechtigung von Frauen ein. Erster ausländischer Ehrenbürger wurde 1966 der damalige Bürgermeister von Nancy Pierre Wéber (1911–2004) in Anerkennung seiner Verdienste um die Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Nancy.

Die zeitgleiche Verleihung des Ehrenbürgerrechts an zwei Stadträte, den Verleger Wilhelm Baur (CDU, 1895–1973) und den Fabrikdirektor Gustav Heller (SPD, 1900–1977) 1969, lässt erkennen, dass die Wahrung der Parteilbalance bei der Auswahl von zu ehrenden Politikern seinerzeit eine gewisse Rolle spielte, beide waren aber in der Endphase der Weimarer Republik aktive Gegner der Nationalsozialisten in der Badenwacht und der Eisernen Front. Dies galt weniger für Günther Klotz (SPD, 1911–1972), der nach 18-jähriger Amtszeit als OB im Mai 1970 das Rathaus verlassen hatte und einige Tage später parteiübergreifend zum Ehrenbürger ernannt wurde. Dagegen kam es 1981 zur Auszeichnung für den ehemaligen Karlsruher Wirtschaftsbürgermeister und baden-württembergischen Landtagspräsidenten Franz Gurk (CDU, 1898–1984) wohl nur deshalb, weil mit dem ehemaligen Stadtrat, Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie Bundesfinanzminister Alex Möller (SPD, 1903–1985) uch ein verdienster Karlsruher Sozialdemokrat geehrt wurde.

Seit der Auszeichnung von Günther Klotz wurde die Verleihung an ausscheidende Oberbürgermeister die Regel, sodass 1986 Otto Dullenkopf (CDU, 1920–2007), 1998 Gerhard Seiler (CDU, *1930) und 2012 Heinz Fenrich (CDU, *1945) zu Ehrenbürgern ernannt wurden. Am 2. März 1993 kam es zu einer weiteren Doppelverleihung, diesmal an zwei Frauen, die langjährigen Stadträtinnen und Landtagsabgeordneten Toni Menzinger (CDU, 1905–2007) und Hanne Landgraf (SPD, 1914–2005). Als zweiter Ausländer folgte 1995 André Rossinot (*1939), damals OB von Nancy.

Erster Ehrenbürger im 21. Jahrhundert wurde 2006 Dieter Ludwig (1939–2020), der sich als langjähriger Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe Verdienste um den Nahverkehr in und um Karlsruhe erworben hat. Zu den aktuell vier lebenden Karlsruher Ehrenbürgern gehört seit 2010 Gerlinde Hämmerle (SPD, *1940), die ehemalige Stadträtin, Bundestagsabgeordnete und Regierungspräsidentin.

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

Die Jugendherberge im Jahr 1918, im Vordergrund: der ehemalige Stadtpark

te“ gab es nicht. Dennoch erfreute sich die erste Karlsruher „Jugendherberge“ hoher Besucherzahlen: Im Jahr der Eröffnung verzeichnete sie 714 Gäste, 1923 bereits 1.916, 1924 1.234 und 1925 sogar 2.296 Besucher.

1928: Platz für 65 männliche Gäste

Das unzulängliche Raumangebot und die ungünstige Lage führten schon Mitte der 1920er-Jahre zur Überlegung, die Jugendherberge in das Luisenhaus in der Baumeisterstraße 56 zu verlegen, in dem seit 1924 auch das Jugendheim untergebracht war. Als das Versorgungsamt 1928 die zwei Dachgeschossräume wieder für sich beanspruchte, stellte die Stadtverwaltung die bisher von der Volksküche im Luisenhaus genutzten Zimmer für Herbergszwecke zur Verfügung. Am 14. Oktober 1928 fand in Gegenwart von Bürgermeister Heinrich Sauer, dem Verbandsvorsitzenden und Referenten für Jugendpflege im Kultusministerium Broßmer, Jugendamtsleiterin Elisabeth Großwendt und zahlreichen Karlsruher Jugendbünden die feierliche Eröffnung der „neuen Jugendherberge“ statt. Die Herbergsräume lagen im nördlichen Gebäudeflügel und umfassten im Erdgeschoss zwei Schlafsäle, einen Schlafraum für Jugendführer, einen Tagesraum mit Gasherd für die Zubereitung kleinerer Mahlzeiten, im Dachgeschoss vier weitere Zimmer und im Untergeschoss einen Wasch- und Baderaum sowie einen Fahrradkeller. Insgesamt konnten bis zu 65 männliche Gäste in der Einrichtung, die von der Karlsruher Ortsgruppe des badischen Jugendher-

Fortsetzung Seite 4



Ansicht der Karlsruher Jugendherberge von 2007 nach den Umbauten und der Modernisierung von 1966/1980. Foto: Stadtarchiv

bergsverbands betrieben wurde, unterkommen. Im Juni des folgenden Jahres überließ die Stadtverwaltung der Ortsgruppe weitere Räume im Luisenhaus, damit auch junge Wanderinnen in der Herberge übernachten konnten.

1934: 120 Betten für Jungen und Mädchen

Als die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 1934 den Gebäudekomplex an der Ecke Rüppurrer- und Baumeisterstraße für sich beanspruchte, wurde die „Jugendherberge für Mädchen und Knaben“ in das ehemalige Garnisonslazarett in der Gartenstraße 56 b (von 1939–1945 in Günther-Quandt-Straße 2 umbenannt) verlegt. Angesichts der steigenden Nachfrage – 1937 wurden rund 10.000 Übernachtungen verzeichnet – erwies sich die mit 120 Betten ausgestattete Behelfslösung schon bald als zu klein. Daher schrieb der badische Landesverband im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen Anfang März 1938 unter den Karlsruher Architekten, auch solchen im Angestelltenverhältnis, einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine „Großjugendherberge“ auf dem Areal des ehemaligen Rüppurrer Schlosses aus. Die Baukosten sollten von der Stadt übernommen werden. Den mit 1.000 RM dotierten ersten Preis gewann Alex Bierig, dessen Planung

einen funktionalen Neubau mit 300 Betten vorsah, der im rechten Winkel zur vorhandenen Zehntscheuer, dem einstigen Fohlenstall, zu stehen kam. Nach seiner Fertigstellung sollte auch die Zehntscheuer zur Aufnahme von Massenschlafräumen umgebaut werden, so dass zu Hauptverkehrszeiten bis zu 1.000 Wanderer Unterkunft finden konnten. Am 15. April 1939 fand im Beisein von Oberbürgermeister Oskar Hüsey und Obergerbietsführer Friedhelm Kemper die Grundsteinlegung für den Bau statt, der allerdings über Ansätze nicht

hinauskam. So verblieb die Jugendherberge bis zu ihrer Zerstörung bei einem Bombenangriff gegen Jahresende 1944 in dem Gebäudekomplex Ecke Garten- und Jollystraße.

1953: Neubau am Engländerplatz

Mit dem Wiederaufbau des „Badischen Jugendherbergswerks“ seit 1946 und der Gründung des Karlsruher Ortsvereins im März 1947 rückte auch die Wiedererrichtung einer Jugendherberge in den Fokus, für welche die Stadtverwaltung von Anfang an ihre Unterstützung zusagte. 1952 gelang es der Stadt, mit dem Land einen Erbbaurechtvertrag über den künftigen Bauplatz von Jugendheim (heute „Haus der Jugendverbände ‚Anne Frank‘“) und Jugendherberge am Engländerplatz abzuschließen. Zugleich stellte sie 258.000 DM für den Herbergsneubau bereit. Nach einem Vorentwurf durch das Städtische Hochbauamt wurde die Planung im August 1952 der Karlsruher Architekten-Arbeitsgemeinschaft Adam Stöbener, Hans Wetzel und Edwin Burkart übertragen. Schon an Pfingsten 1953 nahm die neue Jugendherberge inoffiziell ihren Betrieb auf, für den wieder der badische Landesverband des DJH verantwortlich zeichnete, der auch die Inneneinrichtung der Herberge übernommen hatte. Das zweigeschossige

Gebäude mit Satteldach verfügte über 100 Betten in vierzehn Acht- und Sechsbett-Zimmern und moderne Dusch-, Wasch-, Aufenthalts- und Wirtschaftsräume. 30 zusätzliche Matratzen waren für eventuelle Notlager im Dachgeschoss vorhanden

1966/1980: Umbau und Modernisierung.

Bis zum 31. August 1953 konnte die Jugendherberge bereits 11.159 Übernachtungen verzeichnen. Die Belegung im Juli und August hatte durchschnittlich bei 210 Personen gelegen, was nur durch einen provisorischen Ausbau des Dachstocks zu bewältigen gewesen war. 1962 wurde der Karlsruher Architekt Hellmut (!) Riedel mit der Erweiterung der Jugendherberge beauftragt. Der mit 415.000 DM veranschlagte Anbau, welcher im rechten Winkel an der Nordseite des Gebäudes zu stehen kam, war 1966 fertig gestellt. Die offizielle Übergabe des An- und Umbaus – die Herberge verfügte nun über 228 Betten – erfolgte aber erst im Rahmen der Bundesgartenschau anlässlich der „Woche des Wanderns“ am 19. Mai 1967 durch den Stadtrat und Vorsitzenden des Stadtjugendausschusses Max Singer.

Fehlende Tagungsräume, veraltete sanitäre Anlagen und primitive Schlafräume ließen seit Beginn der 1970er-Jahre die Belegung stetig sinken. Verzeichnete das Haus 1969 noch 24.000 Übernachtungen, so 1974 nur noch 15.837. Von 1973-1976 verhandelte der badische Landesverband des DJH mit der Stadt über einen Herbergsneubau im Stadtteil Rüppurr, bevorzugt auf dem Gelände des ehemaligen Schlosses. Das Projekt wurde schließlich aufgegeben und dafür zum Jahresende 1978 die Modernisierung und beschränkte Erweiterung des bestehenden Hauses am Engländerplatz in Höhe von 2,3 Millionen DM beschlossen. Am 8. November 1980 fand die Wiedereröffnung der um ein und zwei Geschosse erhöhten Jugendherberge statt, die nun über 182 Schlafstätten, sechs Tagungsräume, einen vergrößerten Speisesaal und neue sanitäre Anlagen verfügte. Seitdem lagen die Zahlen bis einschließlich 2019 durchschnittlich bei 30.500 Übernachtungen pro Jahr. Dennoch wird seit 2011 über einen Neubau mit rund 250 Betten beim Traugott-Bender-Sportpark in der Waldstadt diskutiert, da die derzeitige Ausstattung des Hauses mit Mehrbettzimmern ohne eigenes Bad und Toilette nicht mehr dem Komfort einer zeitgemäßen Jugendherberge entspricht.

Carlsruher Blickpunkte

Zerstörte Stühle im Bürgersaal von Ernst Otto Bräunche

„Saalschlacht im Karlsruher Bürgersaal“ – „Das Rathaus als Nazikaschemme“ – „Unerhörte Skandalszenen im Rathaus“: mit diesen Titel Schlagzeilen erschienen am 12. Mai 1931 Karlsruher Tageszeitungen. Sie berichteten ausführlich über eine Schlägerei am Vortag anlässlich der Haushaltsberatungen, als es zunächst zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen war, die in eine von den Nationalsozialisten provozierte Schlägerei ausgeartet waren. Tische und Stühle gingen zu Bruch und die Polizei musste eingreifen. Zehn Verletzte und Sachschaden von über 2.500 Reichsmark waren die Bilanz.

Schwerer wog allerdings, dass die Nationalsozialisten nun auch den Bürgersaal zum Podium ihrer antidemokratischen Auftritte gemacht hatten, die das Klima dort nachhaltig veränderten. Dies hatten sie auch schon im Badischen Landtag geschafft. Seit der Landtagswahl vom Oktober 1929 saßen auch sechs nationalsozialistische Landtagsabgeordnete im traditionsreichen Ständehaus, die ihre Auftritte für Angriffe auf politische Gegner, Juden und generell auf die Weimarer Demokratie



Foto: Stadtarchiv

nutzten. Dass sie die Demokratie abschaffen wollten, war schon bald zu erkennen gewesen, obwohl versucht wurde, die vorgegebene Linie des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Walter Köhler einzuhalten. Köhler erklärte einerseits öffentlich, den „Saustall“ Demokratie durch die Diktatur abzulösen, forderte aber gleichzeitig dazu auf, bei verbalen Attacken trotz Republikchutzgesetz immer nur an die Grenze des Erlaubten zu gehen.

Im Landtag waren seit 1929 Ordnungsrufe des Landtagspräsidenten an der Tagesordnung. Am 19. Dezember 1930 kam es dann zu einer ersten von der NSDAP provozierten Schlägerei zwischen

dem Zentrumsabgeordneten Fridolin Heurich, in der Nachkriegszeit Karlsruher Bürgermeister und CDU-Landtagsabgeordneter, und dem Lehrer Herbert Kraft (NSDAP), der daraufhin von der Sitzung ausgeschlossen wurde. Herbert Kraft, der noch ein zweites Mal Ausgangspunkt einer Prügelei war, galt als Enfant terrible des Landtags und wurde zweimal für 60 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Diese Skandalauftritte im Landtag sorgten für – erwünschte – Schlagzeilen in der gegnerischen und vor allem im eigenen Presseorgan „Der Führer“.

Daran knüpften die Nationalsozialisten im Bürgersaal nahtlos an. Der Hauptakteure der Rathausschlacht auf Seiten der NSDAP Ludwig Streit erhielt wie sein Hauptkontrahent Hermann Böning von der KPD zwei Monate Gefängnisstrafe. 14 weitere Stadtverordnete wurden zu Geldstrafen zwischen 30 und 60 Mark verurteilt. Streit, der als Verwaltungsassistent bei der Stadt beschäftigt war, erhielt zudem einen dienstlichen Verweis und eine Geldstrafe, wurde aber nicht entlassen. Nicht belangt wurde auch der Fraktionsvorsitzende der NSDAP Adolf Friedrich Jäger, Direktor der städtischen Hauptkasse und späterer NS-Oberbürgermeister.

Die zerstörten Stühle des Bürgersaals stehen für die sukzessive Untergrabung der Weimarer Demokratie durch die Nationalsozialisten in den Orten der Demokratie. Deren Ende war mit der Ernennung Adolf Hitlers auf Betreiben rechtskonservativer Kreise zum Reichkanzler am 30. Januar 1933 gekommen. Herbert Kraft wurde bezeichnenderweise letzter Landtagspräsident vor dessen Auflösung zu Beginn des Jahres 1934.

Herausgeber / Redaktion: Dr. Ernst Otto Bräunche
Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de